

**Kleine Anfrage****Yanki Pürsün (Freie Demokraten)****Wissenschaftliche Cannabismodellprojekte versus hessische Drogenpolitik: Welche Prioritäten setzt die Landesregierung?****Vorbemerkung:**

Der Beauftragte der Bundesregierung für Sucht- und Drogenfragen, Prof. Dr. Hendrik Streeck, hat sich für streng begrenzte und wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur kontrollierten Abgabe von Cannabis ausgesprochen. Dabei verweist er auf die Notwendigkeit, die tatsächliche Konsumrealität anzuerkennen und die Auswirkungen unterschiedlicher Regulierungsansätze auf den Jugend- und Gesundheitsschutz sowie den illegalen Markt belastbar zu untersuchen. Die hessische Landesregierung verfolgt demgegenüber keine erkennbare Strategie. Weitergehende hessische Forderungen, darunter ein Stopp weiterer Anbauvereinbarungen und ein umfassenderes Konsumverbot im öffentlichen Raum, fanden in der Innenministerkonferenz keine Mehrheit. Die hessischen Kriminalitätszahlen zeigen zugleich eine deutliche Verschiebung: Während die registrierten Cannabisdelikte von 7.447 Fällen im Jahr 2024 auf 2.820 Fälle im Jahr 2025 zurückgingen, stiegen die registrierten Delikte im Zusammenhang mit Kokain und Crack teilweise deutlich an. Eine wirksame Drogenpolitik muss deshalb ihre Schwerpunkte an den tatsächlichen Gesundheitsgefahren, den Entwicklungen des illegalen Marktes und den Belastungen der Sicherheitsbehörden ausrichten.

Auch die angekündigte Präventionsarbeit wirft Fragen auf. Der Runde Tisch Cannabisprävention trat im Jahr 2024 dreimal zusammen. Eine erkennbare Fortsetzung der Arbeit oder die Vorlage des angekündigten abgestimmten Angebotsportfolios ist bislang nicht erfolgt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die von Prof. Dr. Hendrik Streeck vorgeschlagenen wissenschaftlich begleiteten Modellprojekte zur kontrollierten Cannabisabgabe?
2. Unterstützt die Landesregierung die Einrichtung einer hessischen Modellregion zur kontrollierten Cannabisabgabe?
3. Welche hessischen Kommunen haben gegenüber der Landesregierung Interesse an einem solchen Modellprojekt bekundet?
4. Welche Schlussfolgerung zieht die Landesregierung aus der fehlenden Mehrheit für die weitergehenden hessischen Forderungen in der Innenministerkonferenz?
5. Wann legt die Landesregierung eine eigenständige Evaluation der Auswirkungen des Konsumcannabisgesetzes in Hessen vor?
6. Wie viele Vollzeitäquivalente setzte die hessische Polizei im Jahr 2025 jeweils für die Verfolgung von Delikten im Zusammenhang mit Cannabis, Kokain, Crack, Heroin sowie synthetischen Drogen ein?
7. Welche Priorität misst die Landesregierung der Bekämpfung des Kokain- beziehungsweise Crackhandels gegenüber der Verfolgung von Cannabisdelikten bei?

8. Welche konkreten zusätzlichen Maßnahmen plant die Landesregierung angesichts der gestiegenen Deliktzahlen im Zusammenhang mit Kokain beziehungsweise Crack zur Eindämmung des illegalen Handels in Hessen?
9. Wann legt die Landesregierung das bis Ende 2024 angekündigte abgestimmte Angebotsportfolio zur Cannabisprävention vor?
10. Wann wird der Runde Tisch Cannabisprävention nach seinen drei Sitzungen im Jahr 2024 erneut einberufen?

Wiesbaden, 17. Juli 2026



Yanki Pürsün